

Der Oberbürgermeister  
Plauen, 08.12.2025

## Niederschrift über die 10. Sitzung des Finanzausschusses

**Sitzung am:** Donnerstag, den 28.08.2025  
**Sitzungsort:** Sitzungszimmer 345

**Beginn:** 16:30 Uhr **Ende:** 19:21 Uhr

### Anwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

#### Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Steffen Zenner

#### Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Helmar Gerisch  
Herr Christian Hermann  
Herr Christian Kellner  
Frau Kerstin Knabe  
Frau Petra Rank  
Herr Jörg Schmidt  
Herr Maik Schwarz

#### Beratendes Mitglied

Herr Volker Albrecht  
Herr Danny Przisambor  
Herr Lennart Schorch  
Herr Christian Stephan  
Herr Heiko Wogenstein

#### Stellvertretendes Mitglied

Herr Ronny Hering	Vertretung für Herrn Markus Witte
Frau Diana Simon	Vertretung für Frau Cornelia Erhardt

### Abwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

#### Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Cornelia Erhardt	entschuldigt
Herr Markus Witte	entschuldigt

#### Beratendes Mitglied

Herr Torsten Stengel	entschuldigt
----------------------	--------------

### Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Lars Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister	gesamte Sitzung
Herr Lutz Armbruster	Fachgebietsleiter Objekt- und Gebäudebewirtschaftung	TOP 4.2
Herr Markus Löffler	Fachbereichsleiter Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt	gesamte Sitzung
Frau Paula Pour	Energie- und Klimaschutzmanagerin	TOP 2.1
Herr Moritz Lehnard	Sachbearbeiter Grundstücksverkehr	TOP 2.1

Frau Gunhild Spranger	Controllerin	TOP 4.1
Herr Eric Hoffmann	Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/ Schulen/Sport	TOP 3.1
Frau Carola Blume-Brake	Fachbereichsleiterin Haupt- und Personalverwaltung	TOP 4.1
Frau Nadine Läster	Pressesprecherin	TOP 2.1
Frau Steffi Brenner	Sachbearbeiterin Kinderbetreuung	TOP 2.2
Herr Martin Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Mario Wetzstein	Leiter Einsatz	TOP 2.1

**Weitere Sitzungsteilnehmer:**

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Presse	Berichterstattung Freie Presse

**Tagesordnung:**

öffentlicher Teil:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Finanzausschusses am 12.06.2025
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Informationen des Oberbürgermeisters
- TOP 2 Information
- TOP 2.1 Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2025  
**INV-047/2025**
- TOP 2.2 Entwicklung der Personal- und Sachkosten 2024 in den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen sowie Elternbeiträge ab 01.01.2026 in der Stadt Plauen  
**INV-041/2025**
- TOP 2.3 Jahresabschluss 2024 der Stadtwerke-Strom Plauen GmbH & Co. KG  
**INV-039/2025**
- TOP 2.4 Jahresabschluss 2024 der Plauener Straßenbahn GmbH  
**INV-042/2025**
- TOP 3 Beschlussfassung
- TOP 3.1 Verlängerung Mietvertrag für die Kita "Kemmlerzwerge" Oberlosa  
**BSV-183/2025**
- TOP 3.2 Annahme einer Spende vom Verein "Die Neundorfer e.V."  
**BSV-182/2025**
- TOP 3.3 Gemeinsame Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen im Zeitraum vom 16.05.2025 – 31.07.2025  
**BSV-198/2025**
- TOP 4 Vorberatung
- TOP 4.1 Bewerbung der Stadt Plauen um die Ausrichtung "Tag der Sachsen" 2027  
**BSV-196/2025**
- TOP 4.2 Instandsetzung Ofenlinie 1 incl. Abgasführung Friedhof/Krematorium Plauen  
**BSV-187/2025**
- TOP 5 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

## **Öffentlicher Teil:**

### **1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Oberbürgermeister Zenner eröffnet den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Finanzausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung.

Gemäß § 39 Abs. 1 SächsGemO weist er darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Finanzausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, und Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, bestellt.

#### **1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses der Stadt Plauen mit 10 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern (inkl. Oberbürgermeister Zenner) gewährleistet ist.

#### **1.2 Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vor.

#### **1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Finanzausschusses am 12.06.2025**

Oberbürgermeister Zenner bestätigt die sachliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Finanzausschusses am 12.06.2025.

#### **1.4 Beantwortung von Anfragen**

Es gibt keine offenen Anfragen.

#### **1.5 Informationen des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich bei den Unterstützern des Firmenlaufes. Er informiert, dass insgesamt 5.000 Menschen für einen guten Zweck unterwegs waren. Pro Teilnehmer würden 3 Euro für krebskranke Kinder gespendet. Er hebt hervor, dass die Veranstaltung eine tolle Gelegenheit gewesen sei, um als Stadt Plauen zu zeigen, dass der gute Gedanke hinter der Aktion unterstützt werde. Des Weiteren habe er mit den Ordnungs- und Sicherheitskräften gesprochen, die ihm mitgeteilt hätten, dass es keine Vorkommnisse gab.

## **2 Information**

### **2.1 Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2025 INV-047/2025**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert die Details der Vorlage.

Herr Danny Przisambor, sachkundiger Einwohner, begrüßt den Fortschritt im Bereich der Fahrradinfrastruktur und äußert seine Freude darüber, dass es trotz Mehrkosten von 2000 Euro vorangehe. Er fragt, ob das Safegate am Oberen Bahnhof mittlerweile funktioniert.

Herr Markus Löffler, FBL Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt, antwortet, dass die Verträge unterzeichnet sind und die Freischaltung kurz bevorstehe.

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 15.05.2025 bis zum 30.07.2025 für das Haushaltsjahr 2025 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

## **2.2 Entwicklung der Personal- und Sachkosten 2024 in den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen sowie Elternbeiträge ab 01.01.2026 in der Stadt Plauen INV-041/2025**

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert die Details der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er es nicht gut findet, für die Kinderbetreuung Geld von den Eltern zu verlangen, aber es sei unausweichlich. Er erklärt, dass in den vergangenen Jahren nur notwendige Erhöhungen erfolgten. Nun sei eine gestaffelte, prozentuale Beteiligung aller Eltern gleichermaßen vorgesehen. Der Beschluss erfolgte bereits durch den Stadtrat

Stadtrat Christian Hermann, Fraktion SPD/Initiative Plauen, äußert, dass sich seine Fraktion dagegen ausspricht. Auch der Beschluss im Stadtrat war nicht einstimmig. Nun seien lediglich Informationen vorgesehen. Er erklärt, dass deshalb seine Fraktion den Antrag eingereicht hat, damit diese Eingriffe in die Lebenssituationen und damit verbundenen finanziellen Belastungen der Eltern jeweils neu begründet und beschlossen werden müsste. Der Erhöhung selbst steht seine Fraktion auch kritisch gegenüber. Er schlägt vor, die Beiträge für das kommende Jahr einzufrieren und in der neuen Haushaltsstrukturdebatte erneut darüber beraten. Auch merkt er an, dass die Zuschüsse aus den Landeshaushalten noch nicht feststehen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, merkt an, dass sich auch ihre Fraktion gegen die Dynamisierung ausgesprochen habe und wünscht sich eine entsprechende Diskussion und einen Beschluss im Stadtrat. Sie begrüßt den Antrag der Fraktion SPD/Initiative Plauen.

Oberbürgermeister Zenner fragt, ob es inhaltlich nachvollziehbar sei, dass bei steigenden Löhnen, Fixkosten und Kosten für Strom, Gas und Wasser sowie bei gleichbleibenden Zuschüssen, die Beiträge unverändert bleiben sollten.

Herr Hermann äußert, dass ein gesetzlicher Rahmen vorgegeben ist, in welchem die Kommunen handeln sollen. Insofern gäbe es einen gewissen Spielraum. Es sollte in der Haushaltsdebatte besprochen und Prioritäten gesetzt werden. Es sei legitim, dass sich seine Fraktion an den Untergrenzen orientieren möchte. Es würde auch anders gehen. Eine Grundsatzdebatte an dieser Stelle sei falsch. Die Erhöhung ist der Satzungslage geschuldet.

Oberbürgermeister Zenner äußert, dass Betreuungsmodelle anderer Bundesländer nicht zu empfehlen sei. Das Angebot der umfassenden Betreuung ist gut und wichtig.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, äußert, dass die Problematik der Entwicklungen der Löhne und Preise nachvollziehbar sei. Im Jahr 2024 wurde die Dynamisierung diskutiert und dieser schlussendlich zugestimmt. Zehn Jahre lang erfolgten keine Erhöhungen. Dennoch kritisiert sie den rasanten Anstieg. Sie habe darauf vertraut, dass die Anpassung moderat und verantwortungsbewusst erfolgt. Dies sei nicht ersichtlich.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass derzeit für eine Betreuungsstunde in der Krippe 1,68 EUR von den Eltern gezahlt werde. Für die Betreuung im Kindergarten läge der Anteil bei 0,86 EUR und im Hort bei 0,70 EUR. Er fragt, warum der Preisanstieg im Jahr 2026 so hoch sei.

Herr Hoffmann erklärt, dass der Grundgedanke der Dynamisierung sei die Kostenentwicklung. Diese wird entsprechend umgelegt. Die enorme Kostensteigerung im Jahr 2026 liege an den Prozentpunkten, die im Jahr 2024 so beschlossen wurden. Er merkt an, dass je länger mit der Erhöhung gewartet wird, der Anstieg umso größer ausfällt.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erklärt, dass die Stadtratsmitglieder von der Erhöhung wussten. Der Entschluss war schwierig, aber aufgrund der Haushaltssituation nicht anders umsetzbar. Es wurde sich mehrheitlich im Stadtrat dafür ausgesprochen. Auch er wüsche sich eine kostenfreie Kinderbetreuung. Dies ist jedoch nicht möglich, deshalb müssen diese Erhöhungen nun so wie beschlossen umgesetzt werden. Der Gedanke der Fraktion SPD/Initiative Plauen ist gut. Der Bund oder das Land sollte sich entsprechend beteiligen. Weiterhin fragt er nach den prozentualen Anteilen der Erhöhungen und ob die übrigen Kosten überdurchschnittlich gestiegen seien.

Herr Hoffmann erklärt, dass sich die Steigerung der Personalkosten lediglich auf Tarifierhöhungen beziehe. Darin enthalten sind auch die Lohnerhöhungen der freien Träger, die nicht an die Tarifverträge gebunden sind und individuell anpassen und erhöhen können. Die freien Träger liegen bei den Personalkosten noch unter dem Niveau der Stadtverwaltung, kommen diesem aber sehr nah.

Herr Schwarz fragt, ob es diesbezüglich auswertbare Zahlen gäbe.

Herr Hoffmann bestätigt, dass solche Zahlen vorliegen.

Oberbürgermeister Zenner glaubt, sich daran zu erinnern, dass es eine Diskussion gab, in der die Fraktion SPD/Initiative Plauen angemerkt habe den Haushalt des Landes Sachsen abzuwarten, er würden Signale gesetzt, dass mehr finanzielle Mittel bereitgestellt würden. Man habe sich daraufhin ein Stück weit darauf verlassen und beschlossen, das Vorhaben in zwei Stufen zu realisieren. Sollte mehr Geld zur Verfügung stehen, sei die zweite Stufe nicht in der ursprünglich geplanten Höhe erforderlich. Diese Hoffnung habe sich jedoch nicht erfüllt, und nun stehe man vor der aktuellen Situation.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, äußert, dass auch die Mittel des Landes Sachsen begrenzt sind. Nun müssen Prioritäten gesetzt werden. Es sei wünschenswert, die Kinderbetreuung kostenfrei anbieten zu können, aber in der Stadt Plauen hat es mit dem Drei-Säulen-Modell der letzten Jahre gut funktioniert. In den vergangenen Jahren fehlte der Mut, die Elternbeiträge anzupassen. Somit musste Ende des Jahres 2024 eine Entscheidung erfolgen, mit dem Wissen, dass starke Erhöhungen folgen. Er merkt an, dass eine dynamisierte Erhöhung erfolgen muss, die sich an den steigenden Kosten orientiert. Es muss nun gemeinschaftlich Verantwortung auch gegenüber dem städtischen Haushalt genommen werden. Herr Schmidt fragt, welche Deckungsquellen genutzt werden könnten, um die Erhöhung auszusetzen.

Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion, stimmt Herrn Schmidt bei. Die Finanzen der Stadt müssen im Blick behalten werden. Zum Zeitpunkt des Beschlusses stand bereits fest, dass die Kostenstruktur nach oben geht und weiter nach oben gehen wird. Er informiert, dass es einen Arbeitsauftrag geben, in Dresden anzubringen, dass die Zuschüsse vom Land Sachsen für die Kinderbetreuung steigen muss. Er hebt die qualitativ hochwertige Betreuung in der Stadt Plauen hervor. Er weist allerdings darauf hin, dass ein Großteil der Nutzer der Kinderbetreuung diese Kosten erstattet bekommt. Die Erhöhung treffe lediglich einen Teil der Nutzer. Dies berge Sprengstoff. Er merkt an, dass die Kostenstruktur der Stadt Plauen im Auge zu behalten sei. Er appelliert an die Landtagsabgeordneten, sich diesem Thema anzunehmen. Er gibt weiterhin zu bedenken, dass eine Steigerung der Betreuungskosten dazu führen könnte, dass die Betreuungszeiten reduziert werden könnten. Diese könnte zu einem Rückgang des Personalbedarfs und der Schließung von Einrichtungen führen.

Herr Hermann äußert, dass die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen bestätigen, dass die Kinderzahlen im Krippenbereich bereits zurück gehen. Er vermutet, dass Eltern, um die Beiträge zu sparen, zu Hause bleiben und somit auch als Steuerzahler ausfallen. Er findet es wichtig, die Haushaltsdebatte frühzeitig zu beginnen und die Last von steigenden Kosten nicht auf die Eltern abzuwälzen.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass ein Haushaltsstrukturkonzept vorgelegt werde. In diesem wird ersichtlich sein, dass diese Leistungen nicht abgepuffert werden können. Er äußert, dass es an fehlenden Landeszuschüssen liege. Er stimmt Herrn Stadtrat Hermann zu, es sollte eine Forderung an das zuständige Ministerium gerichtet werden.

Herr Schmidt fragt, ob die zuständige Ministerin Frau Köpping wäre.

Oberbürgermeister Zenner bestätigt dies. Er äußert, dass bevor der Antrag der Fraktion SPD/Initiative entschieden werde, sich entsprechend an das Sozialministerium heranzutreten werden müsse. Er schlägt vor, dass dies der Ältestenrat bzw. der Stadtrat der Stadt Plauen tun könnte. Er hebt hervor, dass wichtig sei, die Not der Kommune nach außen zu tragen. Er kritisiert, dass die Städte derzeit die Kosten aufgeladen bekämen.

Herr Schwarz fragt, ob die Stadt Plauen die Resolution vorbereiten würde.

Oberbürgermeister Zenner bejaht dies.

Herr Schwarz merkt an, dass in diesem Zusammenhang eine weitere Resolution an den Bund vorbereitet werden könnte, in der die Anpassung des Kindergeldes angebracht werden sollte, da dieses in den letzten Jahren eher gering ausfiel. Der Bund sollte nicht aus der Verantwortung genommen werden.

Frau Rank fragt, wie viele Eltern von der Ermäßigung profitieren.

Herr Hoffman informiert, dass ca. 20 bis 25 Prozent der Kosten erstattet würden. Einige bekommen eine Vollerstattung, manche eine teilweise Erstattung der Kosten.

Frau Rank fragt, ob das Landratsamt diese Kosten trägt.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass dies auch durch die Kreisumlage, die die Stadt Plauen an den Vogtlandkreis zahlt, finanziert wird. Er betont, dass es deshalb wichtig sei, ein Zeichen zu setzen.

Frau Knabe stimmt dem zu. Sie sieht ein, dass bestimmte Maßnahmen Geld kosten. Jedoch nimmt dies die Bevölkerung anders wahr. Sie betont, wie wichtig es sei, sich zu positionieren und zu protestieren.

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass sich die Erhöhung der Gebühren und Abgaben in den Kommunen auch negativ auf den Standort Sachsen auswirkt. Er hebt hervor, dass gezeigt werden müsse, dass die versprochenen Gelder nicht fließen.

Herr Kellner schlägt vor, die Resolution medienwirksam durchzuführen. Es könnte eine Abordnung von Stadträten diese persönlich im Ministerium einreichen, um auch der Bevölkerung zu zeigen, dass sich der Stadtrat und die Stadt Plauen bemühe.

Oberbürgermeister Zenner sagt dies zu.

Herr Schmidt fügt an, dass bereits eine tiefgründige Diskussion stattfindet. Er merkt an, dass er jetzt keine Haushaltsdiskussion zum sächsischen Haushalt auslösen möchte, jedoch ist sich auch dort die Entscheidung nicht leicht gemacht worden. Auch dort klafft ein riesiges Loch. Es musste die freiwillige Feuerwehr, die Strukturentwicklung im ländlichen Raum und die Aufgaben der Kommunen beachtet werden. Er sei nicht der Meinung, dass das staatlich finanzierte Kindergeld ausschließlich zur Deckung der Kinderbetreuung genutzt werden sollte. Es ist wichtig, dass auf kommunaler Ebene eine Lösung gefunden werde. Im letzten Jahr bestand die Möglichkeit einer Diskussion, nun habe man sich den Gegebenheiten anzupassen.

Oberbürgermeister Zenner vergleicht diese Debatte mit der aktuellen Rentendebatten. Dennoch ist er der Meinung, dass man sich entsprechend nach Dresden wenden und Hilfe einfordern sollte.

Der Bildungs- und Sozialausschuss und der Finanzausschuss des Stadtrates nehmen die Entwicklung der Personal- und Sachkosten 2024 in den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen sowie die ab dem 01.01.2026 gültigen Elternbeiträge in der Stadt Plauen zur Kenntnis.

### **2.3 Jahresabschluss 2024 der Stadtwerke-Strom Plauen GmbH & Co. KG INV-039/2025**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert die Details der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass die Gewinnausschüttungen unter den Anforderungen liegen, es aber um die Liquidität gehe. Er erklärt, dass eine vierfache Investition notwendig wäre, um alle Bürger und Unternehmen ausreichend mit Strom versorgt würden. Es bedürfe dem Bau neuer Umspannwerke. Weiterhin müsse über Speicherformen diskutiert werden. Dabei stoße man auf gesetzliche Hürden wie beim Sportforum Vogtland, wo nun aufgrund von Fördergrenzen Photovoltaik nur schrittweise aufgebracht werden könne. Er halte es für sinnvoll, städtische Gebäude sinnvoll zu nutzen und das Netz zu entlasten und die Umwelt zu schonen.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, fragt, ob man die Hälfte der Dachfläche mit Photovoltaik durch die Stadtwerke betreiben könnte, um die Fördergrenzen zu umgehen und die gesamte Fläche zu nutzen.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass dies bereits geprüft wurde, jedoch nicht umsetzbar sei. Er merkt an, dass schrittweise Flächen gesammelt werden, um nachhaltiger zu agieren. Dabei wird darauf geachtet, niemandem zu schaden.

Herr Danny Przisambor, sachkundiger Einwohner, erläutert, dass es auf die Wirtschaftlichkeit der Anlagen ankomme. Er fragt diesbezüglich an, ob bereits Überlegungen stattfinden, die Geschäftsfelder der Stadtwerke an der Hammerstraße zu erweitern.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass bereits ein Umspannwerk am Standort Hammerstraße geplant sei. Dabei müsse auf eine Überbauung durch die Telekom geachtet werden.

Herr Przisambor fragt, ob konkret Energiespeicher geplant seien.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass dazu Planungen stattfinden, aber noch keine konkreten Schritte unternommen wurden. Ein Umspannwerk ist konkret in der Planung.

Herr Christian Stephan, sachkundiger Einwohner, erkundigt sich, ob Überlegungen angestellt würden, die Stadtwerke, welche derzeit hauptsächlich als Vertrieb fungierten, in eine andere Richtung zu entwickeln. Er verweist darauf, dass der Netzausbau angesprochen wurde und ihm bekannt sei, dass dieser bei der Verteilnetzgesellschaft liege, die eine eigenständige Gesellschaft sei. Die Stadtwerke Strom hätten noch Verwaltungsaufgaben und seien für die KG zuständig, wobei der Multimedia-Ausbau angesiedelt sei. Abschließend erwähnt er, dass das Stromgeschäft sowohl im privaten als auch im gewerblichen Bereich betrieben werde. Er regt an, zu prüfen, wo neue Einnahmequellen erschlossen werden könnten. Er sehe insbesondere im Bereich der Energiespeicherung und netzdienlichen Speicher Potenzial, da dort derzeit Gewinne erzielt werden könnten. Weiterhin äußert er Kritik an der Entscheidung, Photovoltaik auf der neuen Dreifeld-Turnhalle in drei Teilen zu bauen, da dies seiner Ansicht nach der Wirtschaftlichkeit und Effizienz widerspreche. Man hätte eine Photovoltaikanlage errichten können, die in der Direktvermarktung betrieben werden könnte, was aus seiner Sicht kosteneffizienter wäre. Er bedauere, dass sein Vorschlag im Rahmen der Theaterdachsanierung aus statischen Gründen nicht umgesetzt werden konnte. Weiterhin betont, dass der wirtschaftlichste Betrieb von Anlagen immer dann gegeben sei, wenn die Stadt Plauen diese selbst betreibe, wie es bei der Bäder Plauen GmbH in Preißelpöhl und Haselbrunn der Fall sei. Abschließend rege er an, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, zu diskutieren, um möglicherweise bessere Lösungen zu finden.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass versucht wurde, das Projekt in einem Zug zu realisieren. Dies sei jedoch aufgrund der Einspeisevergütung und steuerlicher Aspekte problematisch gewesen.

Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion, merkt an, dass die Direktvermarktung mit Vorsicht zu betrachten sei. Es gibt nun zunehmend Betreiber, die Vermarktern kündigen. Diese hätten große Anlagen und der Strom würde nicht mehr abgenommen. Es gibt ein Überangebot. Deshalb sieht er den Weg mit einer kleineren Anlage als sicherer.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass dies eine reine wirtschaftliche Betrachtungsweise war.

Herr Kellner ergänzt, dass die Diskussionen um die neue Wirtschaftsministerin beobachtet werden. Im schlimmsten Fall steht die Stadt Plauen ohne Vergütung da. Er gibt zu bedenken, dass die Vergangenheit immer gezeigt hat, dass man die Möglichkeiten gleich nutzen sollte. Er fügt an, ob es sinnvoll sei, angesichts der schnellen politischen Änderungen.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass es sich dennoch lohnen würde, da der Strom in der Halle und in der Schule benötigt würden. Er äußert, dass diskutiert würde, dass die privaten Balkonkraftwerke nicht mehr gefördert würden, da sich diese selbst trugen. Irgendwann sei der Markt gesättigt und keine weiteren Förderungen notwendig seien. Er informiert, dass der Geschäftsführer, Herr Kahlis, in der Stadtratssitzung noch einmal darauf eingehen werde.

Die Mitglieder des Finanzausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

## **2.4 Jahresabschluss 2024 der Plauener Straßenbahn GmbH INV-042/2025**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert die Details zur Vorlage. Sie informiert, dass ein Gutachten zur Rekommunalisierung in Auftrag gegeben wurde. Die Ergebnisse und der weitere Weg stehen noch aus.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass das Gutachten nicht geheim sei. Es wurde allen Kreisräten öffentlich vorgestellt. Im Kreisrat im September wird über den Antrag von Kreisrat Tobias Kämpf abgestimmt. Es gibt regelmäßige Termine mit ihm und dem Landrat. Es stehen Rückzahlungen von Fördermitteln an, sollte die Straßenbahn nicht fortgeführt werden können. Dies kann sich weder die Plauener Straßenbahn GmbH noch die Stadt Plauen leisten.

Frau Hein führt weiter zur Vorlage aus. Herr Treiber wird zum Geschäftsverlauf des laufenden Jahres weitere Ausführungen tätigen.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass die Vorlage erst im Oktober im Stadtrat behandelt werden wird, da vorab noch Abstimmungen mit dem Vogtlandkreis notwendig seien.

Herr Danny Przisambor, sachkundiger Einwohner, erklärt, dass die Situation nicht neu ist und das einzige vertraglich gebundene Unternehmen im Vogtlandkreis sei, dass keiner Dynamisierung unterliegt. Er kritisiert, dass Herr Treiber nicht anwesend sei und die vorgelegten Zahlen im Hinblick auf die Energieaufwendungen für ihn nicht schlüssig seien. Er führt weiter aus, dass es im Bereich Personal einen Anstieg der Zahlen gebe. Er kritisiert weiter, dass die Kennzahlen und auch der Personalaufwuchs unkommentiert gelassen wurden. Er betont, dass er, genauso wie ein Großteil aller, für den Erhalt der Straßenbahn einstehe. Er bemängelt, dass es keinen Plan B gäbe.

Oberbürgermeister Zenner bringt ein, dass Verhandlungen mit dem Vogtlandkreis laufen. Er weist darauf hin, dass man sich im öffentlichen Teil der Sitzung befindet. Er informiert, dass Herr Treiber von Seiten der Stadt Plauen nicht eingeladen wurde und schlägt vor, diese Informationsvorlage in den nichtöffentlichen Teil des nächsten Finanzausschusses zu vertagen und Herrn Treiber entsprechend einzuladen.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, informiert, dass Herr Treiber sich durchaus Gedanken um die Zukunft der Plauener Straßenbahn GmbH mache. Er selbst kann dies aus Gesprächen mit ihm bestätigen. Er fragt, ob die erheblichen Aufwüchse im Personalaufwand lediglich auf die Tarifabschlüsse zurückzuführen sei.

Frau Hein bestätigt dies. Sie erläutert, dass es zwei Tarifabschlüsse gab.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass eine Betriebsversammlung mit allen Beschäftigten der Plauener Straßenbahn GmbH stattfand. Herr Treiber hat dort sehr sachlich und gründlich über die Situation informiert. Er sagt zu, dass Herr Treiber dazu Ausführungen im nichtöffentlichen Teil des nächsten Finanzausschusses machen wird.

Herr Przisambor fragt, ob er auch die Informationen aus Gesprächen von Herrn Schmidt erhalten könnte. Er äußert, dass ihm die Visionen von Herrn Treiber interessieren.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass Herr Treiber dazu in der Betriebsversammlung informiert hatte und entsprechend im nächsten Finanzausschuss informiert.

Die Informationsvorlage wird am 24.09.2025 erneut vorgelegt.

### **3 Beschlussfassung**

#### **3.1 Verlängerung Mietvertrag für die Kita "Kemmlerzwerge" Oberlosa BSV-183/2025**

Herr Lutz Armbruster, Fachgebietsleiter Objekt- und Gebäudebewirtschaftung, erläutert die Details der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass die Erschließung des Industrie- und Gewerbegebietes Oberlosa und der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen Eltern mehr motiviert, Kinder zur Betreuung in Einrichtungen zu geben.

Stadträtin Diana Simon, AfD-Fraktion, fragt nach dem Allgemeinzustand und der Instandhaltung der Inneneinrichtung der Einrichtung.

Herr Armbruster teilt mit, dass keine größeren Bauschäden vorliegen. Die Instandhaltung der Inneneinrichtung wird durch den Nutzer geregelt. Sollte eine Sanierung am Gebäude notwendig sein, wird dies mit dem Eigentümer verhandelt. Bei größeren Zahlungen wird der Eigentümer beteiligt.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erkundigt sich nach dem Vermieter.

Herr Armbruster erläutert, dass der Vermieter eine Privatperson sei. Im öffentlichen Teil kann jedoch kein Name erwähnt werden.

#### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen stimmt der Verlängerung des Mietvertrages für das Objekt Neue Plauensche Straße 40 in Plauen, Ortsteil Oberlosa zur Nutzung für die Kindertageseinrichtung „Kemmlerzwerge“ vom 01.01.2026 bis 31.12.2030 mit einem monatlichen Mietzins von 2.075,00 € zu.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltung**

#### **3.2 Annahme einer Spende vom Verein "Die Neundorfer e.V." BSV-182/2025**

Oberbürgermeister Zenner erläutert Details der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme einer Geldspende i. H. von 2.000,00 EUR vom Verein „Die Neundorfer e.V.“ für den Ortsteil Neundorf. Eine Spendenbescheinigung wird durch die Stadt Plauen nicht ausgestellt.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltung**

#### **3.3 Gemeinsame Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen im Zeitraum vom 16.05.2025 – 31.07.2025 BSV-198/2025**

Oberbürgermeister Zenner erläutert Details zur Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme bzw. Bestätigung der gemäß den Anlagen verzeichneten Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen für die Stadt Plauen im Umfang von insgesamt 2.200,00 EUR.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltung**

## 4 Vorberatung

### 4.1 Bewerbung der Stadt Plauen um die Ausrichtung "Tag der Sachsen" 2027 Vorlage: BSV-196/2025 **BSV-196/2025**

Herr Lars Krämer, Büroleiter Büro OB, erläutert die Details der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass regelmäßig Vorschläge erwartet werden und unterstützt die Bewerbung um die Ausrichtung des ‚Tag der Sachsen‘. Er stellt klar, dass die Ausführung finanzielle Mittel erfordern, diese jedoch nicht ausreichen würden, um die Plauener Straßenbahn GmbH sowie das Theater zu retten. Es müsste ein einmaliger Betrag eingestellt werden. Er erklärt, dass eine Teilnahme ausführlich in der Verwaltung vorab diskutiert wurde, da die Organisation und Durchführung herausfordernd sei.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erklärt, dass er bereits im Kultur- und Sportausschuss erklärte, dass er das Vorhaben positiv sehe. Das Projekt bringe seiner Meinung nach sehr viel Werbung für Plauen und es kämen auch Gelder nach Plauen. Er erläutert, dass die Ausgabenhöhe in eigener Hand liegen und diese durch Sponsoring sicher kleiner gehalten werden könnten. Er führt aus, dass die Gelder für das Spitzenfest, welches nicht eine so große Anzahl an Besuchern anzieht, auch einbezogen werden könnten. Aus seiner Sicht wäre somit der finanzielle Aufwand gering. Er schlägt vor, einen finanziellen Rahmen für den Eigenanteil festzusetzen und diesen auch nicht zu überschreiten, um das Risiko gering zu halten. Kostensteigerungen sollten dazu führen, dass Anpassungen an der Planung, zum Beispiel durch Reduzierung des Angebotes an Bühnen und dem Bekanntheitsgrad der Künstler, erfolgen. Haushaltär sollte das Ganze über eine eigene Kostenstelle dargestellt werden, um es besser zu kontrollieren. Die Ausgaben sollten gegenseitig deckungsfähig sein. Außerdem sollten zusätzlich benötigte Gelder über den Stadtrat geklärt werden. Eine klare, getrennte Darstellung der Kosten sei notwendig. Abschließend erklärt er, dass die Werbeeffekte schon erheblich sein können.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Festsetzung eines Rahmens wichtig sei. Er erklärt weiter, dass die Stadt Plauen schon bei ‚Plauen 900‘ gute Erfahrungen mit dem Sponsoring gemacht hatte. Er erwähnt, dass die Plauener Brauerei eingebunden sei.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erklärt, dass ähnlich wie bei ‚Plauen 900‘ ein Betrieb gewerblicher Art gegründet würde, um Umsatzsteuer zu generieren. Somit sind alle Einnahmen und Ausgaben ordentlich abgegrenzt.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass er die Ansicht von Herrn Krämer teile und in Zeiten knapper Kassen alternative Wege gegangen werden müssen. So müsse man eventuell auch ein Konzert veranstalten und dafür Eintrittsgelder verlangen. Es wäre zwar eine Abweichung von der bisherigen Verfahrensweise, aber die finanzielle Belastung stehe im Vordergrund. Er erklärt, dass es auch aus der Europäischen Union einen nicht unerheblichen Förderbeitrag gäbe. Auch diesen möchte die Stadt Plauen nutzen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erklärt, dass sie es kritisch sieht. Sie ist verwundert, dass das Land Sachsen in diesen Bereich viel Geld investiere und in anderen Bereichen Gelder fehlen. Dies sein jedoch Landespolitik. Sie äußert, dass eine Bewerbung für die Landesgartenschau nachhaltiger wäre und die Stadt Plauen dadurch eine längere Zeit bekannt wäre. Sie regt an, zu prüfen, ob die Bewerbungsvoraussetzungen dafür nun erfüllt würden. Sie äußert Bedenken, dass man am Ende des ‚Tag der Sachsen‘ zu viel darauf zahlen müsse.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Durchführung der Landesgartenschau in Plauen mehrfach in der Verwaltung diskutiert wurde. Es hänge viel daran. Er bittet Herrn Löffler auszuführen, welche Fakten gegen eine Durchführung der Landesgartenschau führen.

Herr Markus Löffler, Fachbereichsleiter Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt, führt aus, dass ein großes Problem die Flächenverfügbarkeit zusammenhängender Flächen darstelle. Es gelinge nicht, einen sinnvollen Vorschlag zu erarbeiten, um die Anforderungen, z.B. eingezäuntes Gelände, umzusetzen.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass nicht genug zusammenhängende Fläche vorhanden sei und somit Grundstücke angekauft werden müssten. Er erklärt, dass die Durchführung der Landesgartenschau erneut diskutiert wurde, da der Nachhaltigkeitsgedanke besser sei. Schlussendlich sein man in der Diskussion jedoch bei der Durchführung des ‚Tag der Sachsen‘ gelandet, um der Stadt etwas Aufschwung zu geben. Auch der Zusammenhalt der Bürgerschaft sei dabei nicht zu unterschätzen.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, sieht eine Durchführung positiv. Es muss etwas für die Stadt getan werden.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass das Konzept sei, die Stadtgesellschaft aus einer Art Dauerdepression heraus zu holen und eine positive Entwicklung aufzuzeigen. Zudem verweist er auf die bereits erfolgten Fortschritte wie die Eröffnung und den Bau neuer Turnhallen, den Brückenneubau sowie den geplanten Anbau an das Stadtbad. Die Bevölkerung soll sehen, dass etwas passiert

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, erklärt, dass es Baustellen und Probleme in Plauen gäbe, es aber dennoch in den letzten Jahren erfolgreich gelang, die Stadt voran zu bringen. Dies sollte man mit Demut und Dankbarkeit anerkennen. Zum Tag der Sachsen vor 30 Jahren herrschte es eine positive Grundstimmung. Er äußert Bedenken, dass bei der Durchführung einer Landesgartenschau Folgekosten entstehen, die nicht absehbar seien. Er bedankt sich für die Präsentation der Verwaltung und erklärt seine Zustimmung zur Durchführung des ‚Tag der Sachsen‘.

Oberbürgermeister Zenner erwähnt, dass die dreitägigen Feierlichkeiten in Jößnitz auch eine positive Stimmung hervorbrachten. Die Gemeinschaft habe zusammengehalten.

Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion, erklärt, dass er eine Bewerbung befürworte. Die Feierlichkeiten in Jößnitz standen auch vor großen Herausforderungen, die gut gemeistert wurden. Dies wünscht er sich auch für die Durchführung des ‚Tag der Sachsen‘ in Plauen. Auch er befürwortet Veranstaltungen mit Eintrittsgeldern. Dies sei auch bei sportlichen Veranstaltungen denkbar. Er erwähnt die vielen Vorteile, so z.B. auch den Bekanntheitsgrad der Hochschule bei jungen Menschen, die es dadurch längerfristig in die Stadt ziehen könnte. Er äußert, dass durch die Förderung und ein Akquirieren von Großsponsoren, die Veranstaltung durchführbar ist.

Stadtrat Ronny Hering, AfD-Fraktion, fragt an, ob es vorab möglich ist, die Höhe der Kosten festzumachen.

Herr Krämer erklärt, dass die Förderhöhe derzeit doppelt so hoch sei.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der Stadt Plauen Kosten entstehen werden. Der Marketingeffekt und die danach fließenden Einnahmen durch z.B. Gewerbesteuern wären positiv. Genaue Zahlen könne es jedoch nicht geben. Denkbar wären auch Transformationen des ‚Tag der Sachsen‘, um die finanzielle Belastung der Stadt Plauen zu reduzieren. Ziel ist es, die Stadtgesellschaft zusammen zu bringen.

Herr Danny Przisambor, sachkundiger Einwohner, sieht es als Gewinn für die Stadt Plauen. Die Ausrichtung bringt einen großen Imagegewinn nach außen. Er äußert Bedenken, dass die Organisation sehr umfangreich und auch zeitaufwändig sei. Laut Präsentation würde es mit dem vorhandenen Personal zu bewerkstelligen sein. Es würden über zwei Jahre Kapazitäten binden. Er äußert, dass es hilfreich sei, die Äußerungen in Bezug auf die Gewerbesteuer mit Zahlen zu hinterlegen. Dies sei auch machbar. So wäre ein Vergleich zwischen Mehreinnahmen und Aufwendungen für die Stadt Plauen besser möglich.

Frau Hein erläutert, dass diese Vorlage lediglich darauf abzielt, überhaupt eine Bewerbung abzugeben. Sollte die Stadt Plauen den Zuschlag bekommen, werden am Folgetag Kostenangebote eingeholt. Es wurden bereits in Vorbereitung Überlegungen und Pläne erstellt. Abschließend wird im Stadtrat die Entscheidung zur Ausrichtung und das entsprechende Defizit im Haushalt beschlossen. Eine Rückgabe des Projektes wäre möglich. Zum jetzigen Zeitpunkt kann der genaue Kostenumfang nicht beziffert werden.

Herr Przisambor fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass mit dem heutigen Beschluss lediglich die Bewerbung auf den Weg gebracht und noch nicht die tatsächliche Durchführung beschlossen würde. Somit gäbe es, wenn die finanzielle Belastung zu hoch wäre, einen Weg zurückgäbe.

Oberbürgermeister Zenner bejaht dies. Es sollte ehrlich zugegeben werden, wenn die Aufgabe nicht zu bewältigen sei. Er sei jedoch der Überzeugung, dass die Stadt Plauen in der Lage sei, diese Aufgabe zu bewältigen. Er hebt hervor, dass die Stadt Plauen eine großartige Veranstaltung bieten würde.

Stadtrat Christian Hermann, Fraktion SPD/Initiative Plauen, sieht auch die positiven Effekte und die große Chance für die Bürger der Stadt Plauen. Jedoch drängt sich die Finanzierungsfrage auf. Heute wird die Bewerbung beschlossen und auch wenn bereits einige Zahlen genannt wurden, sei es entscheidend, was ausgegeben werde. Er bittet darum, die Fraktionen am Prozess zu beteiligen und auch in Bezug auf den Beschluss des nächsten Doppelhaushaltes frühzeitig einzubinden. Für ihn sei es wichtig, dass dieses große Event finanziell tragbar sei.

Herr Krämer bestätigt, dass der Stadtrat eng beteiligt werden soll. Eine Einbindung in die Arbeitsgruppen sieht er in der Umsetzung schwierig. Üblich bei der Organisation des ‚Tag der Sachsen‘ sei ein Beirat, wo die Mitglieder regelmäßig informiert werden und auch Ideen einbringen können.

Oberbürgermeister Zenner bestätigt, dass ähnlich wie bei ‚Plauen 900‘ eine Einbindung erfolgen soll. Die Zeitschiene ist 3eng und es muss bei einer Zusage mit der Verwaltungsarbeit vorangehen.

Frau Knabe merkt kritisch an, dass eine Durchführung im September mit der durch die Brauerei geplante ‚Sternquell Wiesen‘ kollidiert.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der ‚Tag der Sachsen‘ vorgezogen bzw. integriert werden soll.

Herr Krämer regt an, die ‚Sternquell Wiesen‘ in die Planungen einzubeziehen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bewerbung der Stadt Plauen zur Durchführung des 31. „Tag der Sachsen“ vom 3. bis 5. September 2027 und beauftragt den Oberbürgermeister, alle damit in Verbindung stehenden Schritte in die Wege zu leiten.

**Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zu.**

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Stimmenthaltung**

#### **4.2 Instandsetzung Ofenlinie 1 incl. Abgasführung Friedhof/Krematorium Plauen BSV-187/2025**

Herr Lutz Armbruster, Fachgebietsleiter Objekt- und Gebäudebewirtschaftung, erläutert die Details der Vorlage.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen i.H.v. 120.000,00 EUR für die Instandsetzung der Ofenlinie 1 incl. Abgasführung auf dem Friedhof/Krematorium Plauen (12-0000181).

**Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.**

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltung**

#### **5 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erklärt, dass laut Presse eine Klage in Bezug auf das Gewerbegebiet Oberlosa geben wird und fragt, ob dies finanzielle Auswirkungen haben werde.

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass keine Klageschrift vorliegt. Somit können noch keine Kosten beziffert werden. Es wurde mit dem Gericht Kontakt aufgenommen, damit der Stadt Plauen die Klageschrift zugestellt wird.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, erläutert, dass es, auch auf Nachfrage im Ministerium, keine Klage gebe. Es liegt lediglich eine Anfrage vor. Somit wird es falsch dargestellt. Dies sollte auch in der Presse revidiert werden.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass dies Rufschädigend sei und die Stadt Plauen wird über entsprechende Schritte nachdenken. Zunächst wird auf den Schriftsatz gewartet.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner  
Oberbürgermeister

Kerstin Knabe  
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Antje Kubon  
Schriftführerin

Maik Schwarz  
Stadtrat